



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Oktober 2021

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

heute ist es eine wirklich besondere Ausgabe unserer Landtagspost. Das letzte Mal gemeinsam mit Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke. Es sind derzeit durchaus viele kleine Momente des Abschieds, die auch mit Wehmut verbunden sind. In dieser Woche habe ich meine letzte Rede im Landtag gehalten und schaue voller Dankbarkeit auf knapp 14 Jahre im Niedersächsischen Landtag. Mein Dank gilt hier auch ganz besonders Helmut, mit dem mich neben der Zusammenarbeit vor allem eine enge Freundschaft verbindet.

Ich freue mich aber auch sehr auf die neue Aufgabe ab dem 1. November als neuer Landrat im Landkreis Stade. Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft unseres Landkreises gestalten.

Kai Seefried

Seefried: Gute Bildung mit besten Bildungschancen sind unser Ziel

Hannover. „Gute Bildung mit besten Bildungschancen sind unser Ziel. Dazu gehört auch der Baustein der Ganztagsbetreuung. Wir wollen den Weg zur Ganztagsgrundschule gehen und Schritt für Schritt die Angebote ausbauen und damit Familien noch mehr unterstützen, Bildungsqualität weiter erhöhen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter fördern“, erklärte der Bildungsexperte Kai Seefried in der heutigen Landtagsdebatte. Dabei wolle man aber die Kommunen nicht allein lassen, da diese bei der Umsetzung die Unterstützung des Bundes und des Landes bräuchten. Die Kommunen hätten sich bereits seit Jahren an vielen Stellen auf den Weg gemacht, um die Ganztagesangebote auszubauen. Bis 2026 sei aber noch viel zu tun.



„Deswegen ist es richtig, sich jetzt auf den Weg zu machen und konkrete Planungen zu erstellen oder bereits begonnene Baumaßnahmen umzusetzen. Es ist gut, dass der Bund die Kommunen mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro unterstützen wird und bereits in diesem Jahr über 70 Millionen Euro zur Verfügung stehen“, so Seefried. Die aktuelle Frist des Bundes für einen Abschluss der ersten Fördermaßnahmen bis zum 31.12.2021 sei aber für viele nicht zu erreichen und die Koalition fordere den Bund auf, den Förderzeitraum zu verlängern.

Im Rahmen seiner letzten Rede hat sich Kai Seefried am Donnerstag im Niedersächsischen Landtag verabschiedet. Zuvor hat er zum Tagesordnungspunkt „Schulträgern Planungssicherheit geben“ gesprochen. Hier der weitere Teil der Rede zum Nachlesen (Es gilt das gesprochene Wort)

Ja... und jetzt bin ich tatsächlich auch bei einem ganz besonderen Moment angekommen. Wenn wir gleich nach dem nächsten Tagesordnungspunkt den Plenarsaal verlassen, werde ich dies zum letzten Mal als Abgeordneter tun.

Ich erinnere mich noch sehr gut, mit welchem besonderen Gefühl ich im März 2008 zur konstituierenden Sitzung des Landtages die große Treppe am Portikus hinauf gegangen bin.

Ich habe es vom ersten Moment an als große Ehre empfunden in diesem hohen Haus, dem Haus der Niedersachsen mitarbeiten zu dürfen.

Mit vielen von ihnen gemeinsam konnte ich in dieser Zeit viel erleben.



Parlamentarisch muss ich zugeben, hat mir die Zeit als Schulpolitischer Sprecher unserer Fraktion am meisten Freude bereitet. Ich weiß, dass meine Freude an dieser Aufgabe nicht alle geteilt haben. Vermutlich am wenigsten die damalige Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Liebe Frau Heiligenstadt, ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und mich dafür entschuldigen, wenn die Attacke vielleicht auch mal etwas zu scharf gewesen sein sollte.

Die Kultuspolitik hat ja schon immer einen besonderen Ruf. Aber gerade in der damaligen Wahlperiode bis 2017 haben viele Kollegen gesagt, es wäre ganz praktisch, wenn wir einen Plenarsaal für die normalen und einen Plenarsaal für die Schulpolitischen Debatten hätten.

Ich möchte heute aber vor allem danke sagen. Danke für die, bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen, immer wieder gemeinsam gefundenen Wege. Für die vielen guten Kontakte und die vielen Freundschaften die daraus entstanden sind.

Ich habe Regierung, Opposition und wieder Regierung erlebt. Ich weiß, dass die Aussage „Opposition ist Mist“ wirklich stimmt. Gleichzeitig weiß ich aber auch, dass jede gute Regierung auch eine gute Opposition braucht. Sie alle gemeinsam tragen eine ganz besondere Verantwortung für unser Land.

Und das ist es, was mich in den Jahren immer besonders gefreut hat: Wenn es darauf ankommt sind sich wirklich alle dieser Verantwortung bewusst.

Dies habe ich auch jetzt in meiner Zeit als Vorsitzender des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie erlebt. Leider haben wir es nicht ganz geschafft, bis heute den Abschlussbericht vorlegen zu können, aber gerade auch in diesem Ausschuss, wo es darum geht an Lösungen zu arbeiten, wie unser Land zukünftig auf solche Krisen besser vorbereitet ist, habe ich statt des politischen Streits und vielleicht auch Klamauk erlebt, dass alle gemeinsam und ernsthaft an guten Vorschlägen arbeiten. Auch dafür möchte ich heute nochmal danke sagen.

Knapp 14 Jahre Landespolitik, bei denen ich rückblickend überhaupt keine wirklich negativen Erinnerungen behalte, liegen hinter mir. Über die Landespolitik habe ich meine Frau und damit mein großes Glück und meine Familie gefunden. Ich schaue voller Dankbarkeit auf diese Zeit.

In Zukunft werde ich Sie als Landrat des Landkreises Stade sicher auch häufig hier in Hannover aufsuchen und für die Interessen des schönsten Teils Deutschland werben. Wie hat schon unser jetziger Landrat gerne gesagt, es gibt nur einen Landkreis, der es im Kennzeichen stehen hat. STD – Schönster Teil Deutschlands.

Im Herzen sind wir hier doch alle Kommunalos. Ich werde Sie sicher oft daran erinnern. Vielen Dank!

Hillmer: Long- und Post-COVID-Risiken für Kinder und Jugendliche ernst nehmen



Hannover. „Long- und Post-COVID-Risiken sind noch unzureichend erforscht. Insbesondere die Bevölkerungsgruppe, die wir noch nicht mit einer Impfung schützen können – unsere Kinder – verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion Jörg Hillmer.

Post-COVID-Symptome seien keine vernachlässigbare Randerscheinung. Sie treten in allen Altersgruppen auf und würden nicht nur schwer Erkrankte mit klinischer Behandlung, sondern auch leicht Erkrankte mit unauffälligen Symptomen betreffen.

„Erwachsenen mit Impfmöglichkeit nutzen ihre Freiheitsrechte, wenn sie die Immunisierung nicht über die Impfung, sondern über die Infektion zulassen. Bei Kindern insbesondere denen unter 12 Jahren gibt es diese Wahlfreiheit nicht. Eltern wollen wissen, wie gefährlich eine COVID-Erkrankung für ihre Kinder wirklich ist“, so Hillmer. Ob wirklich 2-4% der Kinder und Jugendlichen nach einer Infektion mit SARS-COV-2 Long-COVID-Symptome zeigen, müsse weiter untersucht und verifiziert werden.

„Wir als CDU-Fraktion sind froh, dass es in Niedersachsen eine breite und hochwertige Gesundheitsforschung gibt. Wir danken Minister Thümler, dass er diese Forschungen zu COVID und den Langzeitfolgen unterstützt“, so der Vizefraktionschef.

„Verantwortliche Politik braucht eine faktengeleitete Entscheidungsfindung. Dafür brauchen wir mehr Wissen und mehr Forschungsergebnisse. Niedersachsen hat für COVID-Forschung über 27 Mio. Euro in 18 Forschungsprojekten bereitgestellt“, so Hillmer.

Hiebing: Ein modernisiertes Kommunalverfassungsgesetz sichert die Handlungsfähigkeit der niedersächsischen Kommunen

Hannover. „Mit der Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes greifen wir Änderungsbedarf auf, der sich aus der kommunalen Praxis ergeben hat. So schaffen die neuen Regelungen Rechtssicherheit im Bereich der Stellung der Gleichstellungsbeauftragten und bei der Verkündung von Rechtsvorschriften, die zukünftig auch digital erfolgen können. Die Änderungen sind insgesamt erforderlich, um das Kommunalverfassungsrecht auf den neuesten Stand zu bringen“, erläutert der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernd-Carsten Hiebing.



Schwerpunkte sind dabei mehr Transparenz bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens, indem den Antragstellern der verantwortungsvolle Gebrauch der Entscheidungsbefugnis im Hinblick auf den kommunalen Haushalt vor Augen geführt wird. „Daneben entlasten wir zukünftig die Verwaltung durch die Umstellung des Sitzverteilungsverfahrens in den Ausschüssen zu D'Hondt und sichern die der Funktions- und Arbeitsfähigkeit kommunaler Organe“, so der CDU-Abgeordnete.

Und schließlich ermöglicht die Gesetzesänderung nun auch eine bessere Vereinbarkeit von Mandat und Beruf ohne berufliche Nachteile, damit eine erfolgreiche und zielorientierte Arbeit in den kommunalen Vertretungskörperschaften geleistet werden kann. Die kommunalen Mandatsträger erhalten ein Benachteiligungsverbot analog der Freiwilligen Feuerwehr und den ehrenamtlichen Richtern.

„Wir lassen unsere Kommunen nicht im Stich! Wir schaffen und verbessern mit der Gesetzesänderung die Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit der Kommunalverwaltung“, so Hiebing abschließend.

Mohrmann: Raumordnung leistet wichtigen Beitrag zum Klimaschutz

Hannover. „Klimaschutz und die Energiewende lassen sich ohne den begleitenden Rahmen der Raumordnung nicht lösen. Und es sind häufig die Detailfragen, die über Wohl und Wehe sowie den zeitlichen Horizont von Vorhaben entscheiden“, erklärt der Abgeordnete Marco Mohrmann in der Landtagsdebatte zur Änderung des Raumordnungsgesetzes.



Für die CDU-Fraktion sei klar, dass Gesetze maßgeblichen und landesweit bedeutsamen Investitionsvorhaben nicht im Weg stehen dürften. Daher sei es wichtig zur Klärung von Verfahrensfragen beizutragen. Nach der Änderung des Bundesgesetzes habe es entsprechenden Bedarf in Niedersachsen gegeben.

„Mit diesem Gesetz schaffen wir Klarheit in den Fragen des Beteiligungsverfahrens. Zudem vereinfachen wir die Verfahren, in dem alle rechtlichen Grundlagen aus diesem einen Landesgesetz hervorgehen“, so Mohrmann. Und hier werde nun auch der direkte Zusammenhang mit dem Klimaschutz deutlich.

„Wenn wir es ernst meinen mit der Dekarbonisierung der Energiewirtschaft müssen wir die erneuerbaren Energien stärken und Verfahren vereinfachen, eine andere Möglichkeit haben wir nicht. Dazu leistet dieses Gesetz zur Änderung des niedersächsischen Raumordnungsgesetzes seinen Beitrag“, so der Abgeordnete. Eine echte Beschleunigung werde durch eine sehr zügige Raumverträglichkeitsprüfung und die Verkürzung der Beteiligungsfrist auf einen Monat sichergestellt, wenn die Vorhaben keiner Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung unterlägen.

„Hierzu zählen im Besonderen auch die Seekabel als raumbedeutsame Vorhaben, die mit diesem Gesetz besondere Berücksichtigung finden sollen. Ohne die Seekabel bekommen wir den Offshore-Strom bekanntlich nicht an Land und wir sind im Zugzwang im notwendigen Engagement gegen den Klimawandel“, so Mohrmann.

Bley: Niedersachsens Küstenregion ist der ideale Standort für eine zweite Batteriezellfabrik

Hannover. „Unser Bundesland ist Innovationsvorreiter in der Forschung und Entwicklung von Elektromobilität und der Erzeugung erneuerbarer Energien. Innerhalb Deutschlands ist Niedersachsens Küstenregion deshalb eine ideale Option für die Errichtung einer zweiten Batteriezellfabrik, da in dieser Region entsprechende Kapazitäten an On- und Offshore-Windenergie erzeugt werden und diese noch erweitert werden können“, erläutert der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Heinz Bley den Antrag der SPD- und CDU-Landtagsfraktionen.

„Mit dem Entschließungsantrag fordern wir die Landesregierung auf, sich bei der Standortwahl für eine zweite Batteriezellfabrik in Deutschland verstärkt für Niedersachsen einzusetzen und Infrastrukturen für Lieferketten zu schaffen, die Vernetzung zu den Automobilzulieferern auszubauen und die Häfen entlang der Küste einzubinden“, so Bley. Dabei könne Niedersachsen im Sinne der Kreislaufwirtschaft auf vorhandene Hafeninfrastrukturen setzen, um Recyclingkapazitäten für Auto-Batterien aufzubauen und nachhaltige Elektromobilität und Klimaneutralität sowie Ressourcenschonung realisieren zu können.



„In Anbetracht des Fortschritts und Marktpotenzials von E-Mobilität ist es unsere Aufgabe, die Standortvorteile des Autolands Niedersachsen für die geplante Batteriezellfabrik zu nutzen und weiter auszubauen. Niedersachsen kann eine weltweite Vorreiterrolle durch eine weitere Batteriezellfabrik einnehmen. Diese Chance müssen wir ergreifen! Welcher der Standorte am Ende das Rennen macht, muss dann das Wettbewerbsprinzip entscheiden“, so Bley abschließend.

Dorendorf: Ziel ist es, die Durchlässigkeit der Fließgewässer wieder herzustellen

Hannover. Seit 2019 sind die beiden Fischtreppen im Stauwehr Geesthacht nun außer Betrieb. Das bedeutet, schon zwei Jahre lang stellt dies für Fische ein unüberwindbares Hindernis dar.



Eine provisorische Hebeleitung wurde in der Zwischenzeit witterungsbedingt bereits wieder abgebaut. „Dieser Zustand ist jedoch nicht länger hinnehmbar. Das Ökosystem der Elbe ist ohnehin schwer geschädigt. Die Störung der Fischwanderrouen in den vergangenen Jahren hat die angespannte Lage nur weiter verschärft“, so der Landtagsabgeordnete Uwe Dorendorf. Die Wiederansiedlungsprojekte für Lachs, Meeresforelle und Stör sind akut gefährdet. „Wir können nicht noch ein weiteres Jahr dabei zusehen, wie die Fischwanderrouen gestört werden und so zur Zuspitzung des Problems beitragen“, so Dorendorf.

Erklärtes Ziel müsse es daher sein, die Durchlässigkeit der Fließgewässer wiederherzustellen und die Vernetzung von Wanderrouen, Laich- und Aufzuchtgewässern zu sichern. „Nun wird es Zeit zu handeln und die Vernetzung von Wanderrouen, Laich- und Aufzuchtgewässern schnellstmöglich zu realisieren. Ein erster wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Ziels wird heute auf den Weg gebracht. Wir müssen uns jetzt dafür stark machen, dass der Bund tätig wird“, so Dorendorf.

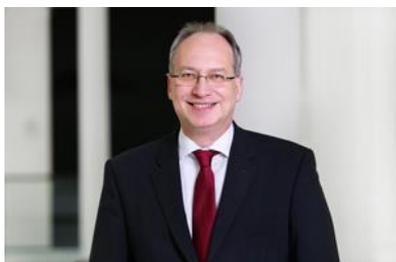
Westmann: Friedland wird immer ein Schicksalsort bleiben, der uns viel zu erzählen hat

Hannover. „Viel Leid, viel Trauer, aber auch Hoffnung und Freude, dafür steht Friedland wie kaum ein Ort in den vergangenen sieben Jahrzehnten. Hier treffen seit 76 Jahren Menschen ein, die eines eint: Die Hoffnung auf einen Neubeginn, auf ein Leben in Frieden und in Sicherheit“, äußerte die Abgeordnete Editha Westmann in der abschließenden Debatte zur Stärkung des Museums Friedland. Daher sei die Entscheidung des Landtages von 2006 an diesem Schicksalsort eine „zeitgenössische Gedenkstätte“ zu schaffen sei daher die richtige Entscheidung gewesen. Ebenso sei die für 2025 geplante Eröffnung einer Dokumentationsstätte entlang der Bahngleise zwischen Museum und Grenzdurchgangslager ein weiter Baustein, um die Geschichte Friedlands weiter zu erzählen. „Mit dem heute beschlossenen Antrag haben sich erneut alle im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam hinter das Projekt Museum Friedland gestellt. So ein umfassendes Projekt braucht den Rückhalt des Parlaments und für das heutige Signal bedanke ich mich“, so Westmann. „Friedland wird immer ein Schicksalsort bleiben, der uns viel zu erzählen hat“, so die Abgeordnete.



Miesner: „UNESCO-Welterbe Wattenmeer“ und Erdgasförderung passen nicht zusammen

Hannover. „Das „UNESCO-Welterbe Wattenmeer“ und Erdgasförderung passen nicht zusammen, da sind wir uns einig. Wir sind daher unserem Wirtschaftsminister Bernd Althusmann und seinem gesamten Team dankbar, dass sie umfangreiche juristische Prüfungen vorgenommen haben, wie sie eine Erdgasförderung und damit



Rohstoffgewinnung in diesen für die Umwelt sehr sensiblen Bereich untersagen und damit verhindern können“, erklärte der Vorsitzende des Umweltausschusses Axel Miesner in der Landtagsdebatte.

Das niederländische Unternehmen OINE Dyas will ein Erdgasfeld erschließen, das sich nicht nur teilweise unterhalb des niedersächsischen Wattenmeeres befindet, sondern auch das EU-Vogelschutzgebiet V01 und das Naturschutzgebiet „Borkum Riff“ unmittelbar zur Nachbarschaft hat. „Dies ist

nicht nur völlig inakzeptabel, dass Unternehmen muss auch erkennen, dass eine Erschließung neuer fossiler Förderstätten aus der Zeit gefallen und nicht mit den Klimazielen vereinbar ist“, so der Umweltexperte.

Die Unversehrtheit des UNESCO-Welterbes stehe ganz oben an und damit über der der Erdgasförderung. Das Wattenmeer habe einen ganz besonderen und hohen Schutzstatus und sein Erhalt habe oberste Priorität.

60. Geburtstag und Abschied

Gemeinsam haben Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried im Rahmen der Plenarwoche zu einem kleinen Umtrunk eingeladen. Anlässe hierfür gab es gleich mehrere. Helmut Dammann-Tamke hat in dieser Woche seinen 60. Geburtstag gefeiert und Kai Seefried verabschiedete sich nach knapp 14 Jahren von Freunden und Wegbegleitern in der Landespolitik. Hier noch ein paar Impressionen eines schönen Abends.



TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

27. Oktober 14.00 Uhr
Agrarausschuss in Hannover

2. November 10.30 Uhr
Unterausschuss Häfen und
Schifffahrt

3. November
Bereisung Unterausschuss
Verbraucherschutz Oldenburg

3. November 19.30 Uhr
CDU-Kreisvorstandssitzung

8. November 10.00 Uhr
Konstituierende Sitzung des
Kreistages in Stade

9. – 11. November
Plenarsitzung in Hannover

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine
kleine Auswahl der Termine der beiden
Landtagsabgeordneten.*

IMPRESSUM

Herausgeber:

Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade
Poststr. 34
21682 Stade

Kontakt:

E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:

www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de